

Newsletter

Nr. 08/2023



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

nach der Pfingstpause ist es diese Woche wieder turbulent losgegangen im politischen Berlin.

Konnte man zunächst noch einigermaßen positiv auf die im Rahmen des europäischen Asylsystems getroffenen Einigungen blicken, hat die Ampel im Land die in diese Einigung gesetzten Hoffnungen direkt wieder zerstört und befindet sich seitdem im Streit um die geplanten Maßnahmen wie etwa das Außengrenzverfahren.

Sicher nur vorübergehend beigelegt ist der Streit beim Thema Heizungsgesetz, wo man in dieser Woche den verkorksten Entwurf von Minister Habeck ins Kabinett eingebracht hat und ihn nunmehr im parlamentarischen Verfahren ändern will – es bleibt zu hoffen, dass die Änderungen nun tatsächlich in die richtige Richtung gehen.

Die CDU Deutschlands befindet sich derzeit mitten im Grundsatzprogrammprozess. Ich konnte diese Woche in meinem Bereich „Sicherheit“ wieder Gespräche mit unseren Mitgliedern als „Experten“ in diesem Bereich führen, und am Wochenende finden der Kleine Parteitag und der Grundsatzkonvent statt, auf die spannenden Diskussionen freue ich mich!

Viel Freude beim Lesen!

Ihre
Nina Warken

Über 310.000 Euro Bundesförderung für den NOK



Kürzlich konnte ich Landrat Dr. Achim Brötzel eine erfreuliche Nachricht übermitteln. Aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hatte ich vorab die Mitteilung erhalten, dass der vom Landkreis gestellte Antrag für den Aufbau und dauerhaften Betrieb eines Energiemanagementsystems positiv beschieden wurde. Über die Mittel aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fließen 310.226 Euro in den Neckar-

Odenwald-Kreis. Mit der NKI fördert und unterstützt das BMWK bereits seit 2008 Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland und leistet so seit 15 Jahren einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Es ist richtig und wichtig, dass die Ampel an so bewährten Initiativen festhält und sie nicht aus parteipolitischen Gründen streicht.

Weitere Informationen zur NKI finden Sie unter www.klimaschutz.de.

Herzlichen Glückwunsch: 50 Jahre Main-Tauber Kreis



Sehr gerne habe ich am Festakt zum 50. Gründungsjubiläum des Main-Tauber-Kreises teilgenommen. Gefeiert wurde hierbei nicht nur das Bestehen des Kreises, sondern vielmehr auch eine Erfolgsgeschichte, die mittlerweile seit einem halben Jahrhundert andauert. Dabei möchte ich Landrat Christoph Schauder und natürlich auch allen weiteren Gästen für die spannenden Rückblicke danken. Dass Tradition,

Kultur und Fortschritt eben doch harmonisch vereinbar sind, dafür steht ganz klar der Main-Tauber-Kreis, und ich darf mich glücklich schätzen, diese Stellenwerte unseres Kreises auch im Bundestag vertreten zu dürfen.

Mein neuer WhatsApp-Broadcast!

Hier informiere ich regelmäßig durch das Versenden von direkten WhatsApp-Nachrichten über meine Arbeit in Berlin und Odenwald-Tauber. Wenn auch Sie künftig auf diesem Weg über bundespolitische Themen und aktuelle Neuigkeiten aus dem Wahlkreis auf dem Laufenden gehalten werden wollen, **senden Sie eine Nachricht mit Ihrer Postleitzahl an +49 151 222 55 0 88**. Dann kann es losgehen mit #NinasNews auf dem Handy!



Gewalt gegen Frauen ist nicht akzeptabel



Aus einer - nach eigenen Angaben - bundesweit repräsentativen Umfrage von Plan International Deutschland geht hervor, dass jeder dritte junge Mann im Alter von 18 bis 35 Jahren Gewalt gegen Frauen und Mädchen akzeptabel findet.

Dieses Ergebnis ist erschreckend und bestätigt leider frühere Erkenntnisse, dass in Deutschland jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von physischer oder sexualisierter Gewalt wird, jede vierte Frau sogar durch ihren aktuellen oder ihren früheren Partner.

Über ein solch besorgniserregendes Studienergebnis dürfen wir nicht einfach hinweggehen. Staat und Gesellschaft müssen sich mit der Entwicklung, Erziehung und Aufklärung junger Männer stärker befassen und neue präventive Konzepte entwickeln. Was wir brauchen, sind konkrete Ideen und Vorschläge für Eltern und Pädagogen.

Die Ampelregierung muss bei diesem Thema ihren vielen Worten endlich Taten folgen lassen.

70 Jahre Volksaufstand - 17.06.1953



Anlässlich des 70. Jahrestags des Volksaufstands in der DDR haben die Mitglieder des Deutschen Bundestags in einer Sonderveranstaltung der Menschen gedacht, die für ihr Streben nach Gerechtigkeit ihre Freiheit, teils sogar ihr Leben, verloren haben.

Am 17. Juni 1953 protestierten rund eine Million Menschen in Ost-Berlin und in der DDR weitgehend friedlich gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie äußerten ihre Unzufriedenheit über wachsende soziale Probleme, Bevormundung und Repression. Die SED-Führung war überfordert von den Demonstrationen, die Sowjetunion reagierte mit Härte: Sie verhängte den Ausnahmezustand. Mit massivem Einsatz von Militär, Volkspolizei und Staatssicherheit wurde der Aufstand des 17. Juni niedergeschlagen.

Leitantrag: „Bundeshaushalt für 2024 vorlegen, Haushaltskrise abwenden“



Das Unvermögen von Bundeskanzler Scholz und Bundesfinanzminister Lindner zur Aufstellung eines Bundeshaushalts zeigt die innere Zerrissenheit der Koalition. Statt utopischer Wünsche für immer mehr Ausgaben braucht es jetzt eine aufrichtige Ausgabenkritik. Der Bundeshaushalt muss Anreize für Wachstum setzen und darf die Deindustrialisierung Deutschlands nicht weiter befeuern.

Wir fordern von der Ampel, noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 vorzulegen. Dabei sind jegliche Versuche, die Schuldenbremse zu umgehen, zu unterlassen. Stattdessen braucht es eine echte Prioritätensetzung, eine ernsthaft verfolgte Stelleneinsparung in den Ministerien und den Verzicht auf Steuererhöhungen. Wir werben für ein

Bekenntnis zum Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Zusätzlich sind Maßnahmen geboten, die zur Überwindung des Wirtschaftsabschwungs, zu langfristiger Preisstabilität sowie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum führen.

Aktuelle Stunde: „Den zunehmenden Medikamentenmangel beseitigen - Ursachen bekämpfen, Gefahren abwenden und kurzfristige Abhilfe schaffen“ und Gespräch mit Apotheker Jan Reuter



Dass in Deutschland wichtige Medikamente nicht verfügbar sind, ist für alle Betroffenen ein unhaltbarer Zustand. Statt Sofortmaßnahmen zu ergreifen, beschränkt sich die Ampel auf die Ankündigung von Maßnahmen, die den Mangel bestenfalls langfristig beheben. Das wird der schwer erträglichen akuten Lage nicht gerecht. Stattdessen müssen jetzt alle Kräfte gebündelt und die Medikamentenbeschaffung verbessert werden. Zusätzlich braucht es ein nationales Frühwarnsystem, um auf künftige Lieferengpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln rechtzeitig reagieren zu können.

Der „Medikamentenmangel“ war auch einer der Gründe für den bundesweiten Protesttag der Apotheken an diesem Mittwoch - tausende Apotheken im ganzen Land blieben geschlossen, damit sollte auf deren Notlage aufmerksam gemacht werden.

Was die Apothekerinnen und Apotheker bewegt und was ihre Forderungen sind, dazu habe ich mich diese Woche mit Apotheker Jan Reuter aus Walldürn in meinem Wahlkreis ausgetauscht.

Fakt ist, dass unsere Apotheken ein essenzieller Bestandteil des Gesundheitssystems sind und einen wichtigen Versorgungsauftrag haben. Fakt ist aber auch, dass in den letzten Jahren viele Apotheken geschlossen wurden - auch und gerade im ländlichen Raum. Das können wir nicht hinnehmen, diese Entwicklung müssen wir stoppen und unseren Apotheken den Rücken stärken!

Der Protesttag ist ein Hilferuf der Apotheken, den die Bundesregierung endlich ernst nehmen muss! Als Unionsfraktion fordern wir seit Monaten, dass der Bundesgesundheitsminister sich um eine angemessene und zeitgemäße Anpassung der Apothekerhonorare kümmert und für eine Verbesserung der Lieferbedingungen von Medikamenten einsetzt. Herr Lauterbach muss hier endlich Verantwortung übernehmen und das Problem lösen - es kann doch nicht sein, dass ihm die

Legalisierung von Cannabis wichtiger ist als die Versorgung von Kindern und Schwerstkranken mit dringenden Medikamenten!



Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS)



Die Beschlüsse der EU-Innenminister zur Reform des Europäischen Asylsystems sind ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zwei zentrale Punkte sind Teil der Einigung:

1. Außengrenzverfahren: Künftig soll an den EU-Außengrenzen über den Status von Menschen entschieden werden, die nur eine sehr geringe Aussicht auf Schutz in der EU haben. Diejenigen, die keinerlei Aussicht auf ein Bleiberecht in der EU haben, müssten von dort aus in ihre Heimat zurückkehren. Pauschal davon ausgenommen sind unbegleitete Minderjährige.
2. Solidaritätsmechanismus: Jeder Mitgliedstaat muss einen Beitrag leisten, um die stark belasteten Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen zu entlasten. Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, sollen zukünftig zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Die Ergebnisse reichen jedoch nicht aus, um die Asylummigration in die EU auf Dauer wirksam zu ordnen und zu begrenzen und für eine angemessene Lastenverteilung in Europa zu sorgen.

Allen muss klar sein: Die Reform wird frühestens im Laufe des nächsten Jahres in Kraft treten. Von einem Erfolg wird man erst sprechen können, wenn die irreguläre Migration in die EU und nach Deutschland tatsächlich und spürbar sinkt. Unsere Kommunen, die jetzt schon jenseits der Belastungsgrenze sind, brauchen schnell Entlastung. Die Bundesregierung darf sich deshalb nicht hinter anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene verstecken. Die Zahl neu ankommender Migranten muss jetzt runter gehen. Hier steht die Bundesregierung in der Pflicht.

Gebäude-Energie-Gesetz (GEG)



Ministerium, Bundesregierung, Parlament - in dieser Reihenfolge geht es normalerweise bei Gesetzen. Völlig anders hingegen beim Gebäude-Energie-Gesetz (GEG).

Die Ampel-Regierung hatte zunächst in einem ersten Schritt im April diesen Jahres ein völlig verkorkstes Gesetz vorgelegt und probiert nun, es in einem Hauruckverfahren noch vor der Sommerpause auf Biegen und Brechen durchs Parlament zu bringen. Dabei ist nicht einmal klar, über welches Gesetz im Detail debattiert wurde, da die geplanten Änderungen nur in „Leitplanken“ als zweiseitiges Papier dem Parlament vorlagen. Jens Spahn brachte es in seiner Rede auf den Punkt: „Muss ich, wenn ich nächstes Jahr eine Gasheizung einbaue, die 2028 wieder ausbauen, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt? Sie sagen Ja, Sie Nein“; sagte Spahn mit Blick auf die Grünen und die FDP.

Positiv festzuhalten bleibt aber, dass auf Druck der Union wohl durchgesetzt werden konnte, dass die neuen Regeln im Bestand erst greifen, wenn die Städte und Gemeinden ihre Wärmeplanung abgeschlossen haben, so dass Wärmenetze zu einer echten Alternative werden. Vorher war die Reihenfolge unverständlicherweise umgekehrt. Darüber hinaus soll es keinen reinen Wärmepumpenzwang mehr geben, sondern Gasheizungen oder auch Holz- und Holzpellettheizungen als gleichwertige Alternative möglich sein. Ob diese geplanten Änderungen dann im endgültigen GEG tatsächlich auftauchen, bleibt abzuwarten. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Ampel-Regierung ihren Worten keine Taten folgen lässt.

#SocialMedia

Mit dem Bundestag in die  **USA** 



nina.warken Lust ein #Austauschjahr als Juniorbotschafter Deutschlands in den USA absolvieren...

Bis zum 8. September

[HIER BEWERBEN](#) 

TAKEOVER



Guten Morgen, ich bin Yannik, mache diese Woche ein Praktikum bei Fr. Warken in Berlin und nehme euch heute durch meinen Tag hinweg mit!

Heute ist **TAG DER ORGANSPENDE**



nina.warken Ja oder nein? 😊 Organspende ist ein wichtiges und ebenso emotionales...

Folgen Sie mir auch auf...



Tag der Macht des Lächelns 😊



Pfingstritt in Distelhausen



Interview mit dem Deutschlandfunk

Veranstaltungstipp!



Sehr gerne möchte ich auf eine Veranstaltung meiner Fraktion hinweisen. Es geht dabei um Wölfe, die inzwischen ja auch in unserer Region gesichtet worden sind.

Angriffe von Wölfen mehren sich in ganz Deutschland. Die Folgen sind gravierend – für die Weidetierhalter, deren wirtschaftliche Existenz bedroht ist, aber auch für die Gesellschaft, denn die Weidetierhaltung prägt das Gesicht unserer Kulturlandschaften.

Ohne Schafe gibt es zudem keinen wirksamen Deichschutz, ohne Almwirtschaft weniger Artenvielfalt und eine höhere Erosionsgefahr. Wenn der Wolf näher an menschliche Siedlungen heranrückt, dann erfüllt das die Menschen verständlicherweise auch ganz persönlich mit Unbehagen und Angst. All das führt dazu, dass die Akzeptanz des Wolfes schwindet.

Es ist daher höchste Zeit für ein wirksames Gegensteuern zum Schutz der menschlichen Gesundheit, des Eigentums und der Weidetierhaltung. Dafür bedarf es aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion konkreter Rechtsänderungen in Deutschland und in Europa. Leider bleibt die Bundesregierung bislang ein entsprechendes Engagement schuldig. Was jetzt zu tun ist, soll bei einem **digitalen Fachgespräch am Mittwoch, den 5. Juli 2023, in der Zeit von 14.30 bis 16.00 Uhr** gemeinsam erörtert werden.

Sie können sich für diese Veranstaltung unter www.cdusu.de/veranstaltungen anmelden.

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung&Layout: Marcel Ditrich, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel u. Editorial S. 1), CDU (Gewalt gegen Frauen S. 2), Christiane Lang (Bundesförderung S. 1, Haushalt S. 2, Heizungen S. 4), CDU/CSU-Bundestagsfraktion / Michael Wittig (Gedenktag Plenum S. 2), Fabian Blome (GEAS S. 3), Antje Esser (Wolf S. 5), Team Warken (weitere Fotos).